

Salzburger interdisziplinäre Diskurse

Herausgegeben von Franz Gmainer-Pranzl

Wolfgang Aschauer

(FB Politikwissenschaft und Soziologie, Universität Salzburg)

Ricarda Driieke

(FB Kommunikationswissenschaft, Universität Salzburg)

Heidi Grobbauer

(KommEnt Salzburg)

Elisabeth Höfberger

(FB Systematische Theologie, Universität Salzburg)

Stephan Kirste

(FB Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, Universität Salzburg)

Barbara Mackinger

(FB Psychologie, Universität Salzburg)

Eva Stöckl

(AK Salzburg)

Ulli Vilsmaier

(Leuphana Universität Lüneburg)

Band 12

PETER LANG



Franz Gmainer-Pranzl/Ulrike Brandl/
Ricarda Driieke/Jochim Hansen/
Eva Hausbacher/Elisabeth Klaus (Hrsg.)

Inklusion/Exklusion

Aktuelle gesellschaftliche Dynamiken

PETER LANG



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
 Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
 in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
 Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



salzburger
interdisziplinäre
diskurse

Fördergeber:
Stiftungs- und Förderungsgesellschaft
der Paris-Lodron-Universität Salzburg
Umschlagabbildung: © Sandra Robberg

Gedruckt auf alterungsbeständigen,
säurefreiem Papier.

ISSN 2192-1849
 ISBN 978-3-631-76289-9 (Print)
 E-ISBN 978-3-631-76833-4 (E-PDF)
 E-ISBN 978-3-631-76834-1 (EPUB)
 E-ISBN 978-3-631-76835-8 (MOBI)
 DOI 10.3726/b14694

© Peter Lang GmbH
 Internationaler Verlag der Wissenschaften
 Berlin 2018
 Alle Rechte vorbehalten.

Peter Lang – Berlin · Bern · Bruxelles · New York ·
 Oxford · Warszawa · Wien

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich
 geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des
 Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages
 unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für
 Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die
 Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Diese Publikation wurde begutachtet.
www.peterlang.com

Inhaltsverzeichnis

Einführung.....	7
VORTRÄGE	
<i>Maria do Mar Castro Varela</i> Soziale Gerechtigkeit als Utopie in Realisierung	13
<i>Gottfried Schweiger</i> Zwischen Empowerment und Schutz: zu den Rechten von Kindern und von Menschen mit Behinderung	29
<i>Peter Deutschmann</i> Begriffliche Differenzierungen der Systemtheorie und reale Herausforderungen	41
<i>Nikolaus Dimmel</i> Immigration zwischen sozialer Integration und sozialer Inklusion	61
<i>Ulrike Brandl</i> Inklusion und Exklusion durch Recht. Migration – Partizipation – Staatsbürgerschaft	93
<i>Ricarda Drüeke/Elisabeth Klaus/Martina Thiele</i> Inklusion und Exklusion in den Medien: Die Debatte über Bettler*innen in Salzburg	113
<i>Eva Hausbacher</i> Inklusive Widersprüche. (Un-)Gleichheit der Geschlechter in der literarischen Repräsentation	139
<i>Jochim Hansen</i> Inklusion und Exklusion im Kopf: Soziale Kategorisierung und ihr Einfluss auf soziale Urteile	157
<i>Sandra Sittenhaler</i> Soziale Ausgrenzung: Folgen für Erleben und Verhalten	173

<i>Franz Gmainer-Pranzl</i>	
Inklusivismus/Exklusivismus. Religionspolitische Dynamiken und religionstheologische Diskurse	183
<i>Thomas Schmidinger</i>	
Wir und die Anderen: Inklusion, Exklusion und Identität	213
Anhang	229
Autorinnen und Autoren	231

Einführung

Forschung und Lehre sind zentrale Aufgaben einer Universität, die in ihrer Arbeit sowohl *wissenschaftlichen* Methoden und Standards als auch *gesellschaftlichen* Herausforderungen und Problemstellungen verpflichtet ist. Studierende sollen *Wissen* erwerben, also intellektuelle Kompetenz ausbilden, sich aber auch mit der *sozialen und politischen Realität* auseinandersetzen, das heißt mit dem gesellschaftlichen Kontext, in dem Wissenschaft betrieben wird.

Eine Fragestellung, die diesen Zusammenhang in besonderer Weise bewusst macht, ist die Dynamik von Inklusion und Exklusion, die in vielen gesellschaftlichen Bereichen wirksam ist. Das Leben in unserer Gesellschaft und die sie prägenden Modernisierungsprozesse sind auch heute – und vielleicht mehr denn je – von Tendenzen gekennzeichnet, die soziale Brüche und Ausschlüsse bewirken. Kulturelle Konflikte, politische Spannungen, Auseinandersetzungen mit Identität und Fremdheit sowie Dynamiken der Diskriminierung und Exklusion führen zu gesellschaftlichen Spaltungen und verhindern, dass Menschen an politischen Entscheidungen, Bildungsprozessen, sozialer Sicherheit und Wohlstand partizipieren können. Während etwa aufsehenerregende Entwicklungen wie die Finanzkrise in Griechenland oder die zunehmende Anzahl von Menschen, die als Flüchtlinge nach Europa kommen, die Brutalität des Ausschlusses von Menschen drastisch sichtbar machen, stehen andere Exklusionsdynamiken, von denen Menschen in Armut, Arbeitende in prekären Beschäftigungsverhältnissen, Arbeitslose sowie Menschen mit Behinderungen oder Erkrankungen betroffen sind, weniger im Zentrum der medialen Berichterstattung oder der politischen Aufmerksamkeit.

Gewiss ist in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten vieles geschehen, um die Exklusion, Diskriminierung und Marginalisierung bestimmter Gruppen bewusst zu machen und zu bearbeiten – auch wenn wir nüchtern zur Kenntnis nehmen müssen, dass sich manche soziale Klüfte vergrößert haben. Die klassische Trias der Intersektionalitätsforschung „*race/class/gender*“ etwa, mit der diskriminierende und exkludierende Zuschreibungen aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit, der sozialen Stellung und/oder der gesellschaftlichen Rolle als Frau/Mann analysiert werden, ist Ausdruck eines neuen Problembewusstseins in Bezug auf Ein- und Ausschlüsse, die Menschen in unterschiedlichen Machtkonstellationen erfahren müssen. Dennoch ist unsere Gesellschaft weit davon entfernt, Exklusionsprozesse mit aller wünschenswerter Klarheit zu benennen und mit Entschiedenheit an politischen Lösungen zu arbeiten, um Exklusion zu

Ricarda Driücke/Elisabeth Klaus/Martina Thiele

Inklusion und Exklusion in den Medien: Die Debatte über Bettler*innen in Salzburg

Abstract: These three communication scientists based at the University of Salzburg have been reflecting on the controversial discussion surrounding the begging by poverty migrants in Salzburg, in particular the newspaper coverage. The media find themselves at the interface between freedom of opinion and the protection of personal privacy; discriminating reporting is a challenge facing the communication sciences. The ideas in this article are based on a study conducted in 2013 and 2014 of how two newspapers reported on those engaged in begging. As the article shows, many reports relate to actual occurrences. Those who get a chance to have their say are, on the whole, citizens rather than beggars. The exclusion dynamics at work in the tabloid press consist in the homogenization and ethnicization of the beggars and in the way in which they are represented as a threat. As a result, the actual reason for the begging, i. e. social exclusion, is concealed.

Keywords: Media, poverty, discrimination, beggars stereotypes

1 Einleitung

Seit mehreren Jahren wird in verschiedenen Städten Österreichs über das Betteln von Armutsmigrant*innen heftig gestritten. So auch in Salzburg: Bettler*innen und Gegner*innen eines Rechts auf Betteln stehen sich unversöhnlich gegenüber. Den Medien kommt in der Debatte über Bettler*innen die Aufgabe zu, die unterschiedlichen Positionen im Meinungsstreit abzubilden. Dabei sind sie aber nicht nur neutrale Vermittler*innen von Informationen und Meinungen, nicht „Spiegel der Realität“, vielmehr konstruieren sie „Medien-Realitäten“ und sind dadurch an Prozessen der Inklusion und Exklusion sozialer Gruppen unmittelbar beteiligt.

Wie die Tageszeitungen *Kronen Zeitung* und *Salzburger Nachrichten* über Betteln und Bettler*innen berichteten, ist Gegenstand unserer Untersuchung. Der Beitrag ist so aufgebaut, dass nach einleitenden Überlegungen zur Rolle von Medien in der öffentlichen Kommunikation der Stand der Forschung zu Armutsmigration und der Berichterstattung darüber kurz referiert wird. Anschließend stellen wir das Design unserer Studie vor und präsentieren die wichtigsten Ergebnisse zu journalistischen Darstellungsformen, Berichterstattungsanlässen, Sprechpositionen, weiteren Themen, mit denen Betteln in Salzburg in Verbindung gebracht wurde, zum Sprachgebrauch und zu diskursiven Rahmungen.

Im Fazit werden diese Ergebnisse unter Berücksichtigung vorliegender Erkenntnisse zu medialer Inklusion und Exklusion betrachtet.

1.1 Nicht-diskriminierende Berichterstattung: rechtliche und ethische Bestimmungen

Medien in der Demokratie haben unabhängig davon, ob es sich um öffentlich-rechtliche oder privat-kommerzielle Unternehmen handelt, eine öffentliche Aufgabe und bestimmte Funktionen zu erfüllen. Manfred Rühl bezeichnet als die wesentliche Aufgabe des Journalismus „die Herstellung und Bereitstellung von Themen zur öffentlichen Kommunikation“¹. Als wichtige Funktionen von Medien werden in der Literatur u. a. Bildung, Sozialisation, Artikulation, Integration, Partizipation, Information, Unterhaltung, Beratung, Kritik und Kontrolle genannt.² Allerdings erfüllen Medien diese Funktionen in unterschiedlichem Maße und selten zu allgemeiner Zufriedenheit. Für diejenigen, die an der Herstellung von Öffentlichkeit beteiligt sind – und hier sind vor allem Journalist*innen gemeint – stellt sich tagtäglich die Frage, worüber berichtet werden muss, was wichtig und was weniger wichtig ist.

Wenn die Entscheidung gefallen ist, worüber berichtet wird (und worüber nicht), ist zu entscheiden, wie konkret berichtet wird. Und hier geraten verschiedene Ansprüche und Anforderungen gesellschaftlicher wie professioneller Natur in Konflikt. Die Vorwürfe gegenüber den Medien lauten, es werde nicht objektiv, nicht ausgewogen, nicht neutral, sondern parteiisch, einseitig, an Eliten orientiert, unangemessen, realitätsverzerrend, stereotyp – letztlich diskriminierend berichtet.

So besteht einerseits die Gefahr, dass unter Berufung auf das Diskriminierungsverbot Meinungen unterdrückt werden und Zensur geübt wird. Andererseits kann das Recht auf freie Meinungsäußerung kein Freibrief für mediale Diskriminierung sein. Häufig sollen Gerichte oder Institutionen der Freiwilligen Selbstkontrolle klären, inwieweit gegen geltende Gesetze oder ethische Richtlinien, wie sie z. B. im Pressekodex des Österreichischen Presserats festgeschrieben sind, verstoßen wurde. In der österreichischen Rechtsordnung geht der Diskriminierungsschutz im Schutz der Persönlichkeit auf. Zwei Verfassungsgarantien stehen im Widerspruch zueinander: Auf der einen Seite Pressefreiheit und auf der anderen der ebenso verfassungsrechtlich garantierte Schutz der

Persönlichkeit. Wer individuell verleumdet, verspottet und verunglimpft wird, hat das Recht, vor Gericht zu gehen. Grundlage dafür sind verschiedene Paragraphen im Strafgesetzbuch (§ 111 StGB Üble Nachrede, § 115 StGB Beleidigung, § 297 StGB Verleumdung, § 1330 ABGB Kreditschädigung). Um sich auf diese Bestimmungen berufen zu können, muss aber eine „objektive Tatsachenwidrigkeit“ der Berichterstattung vorliegen, und es muss einen „bestimmbaren Betroffenen“ geben. Schutz gegen Kollektivdiskriminierung gibt es im Strafrecht nur im Zusammenhang mit dem § 283 StGB, der gegen „Verhetzung“ schützen soll, und im Rahmen der Bestimmungen des NS-Verbotsgesetzes (Wiederbetätigung).

Schließlich enthalten Mediengesetze, so das ORF-Gesetz, im 2. Abschnitt, in dem es um die Programmgrundsätze geht, Formulierungen, die klar auf Nicht-Diskriminierung abzielen.³ Und auch im Privatradiogesetz heißt es im 5. Abschnitt, § 16 (4): „Alle Sendungen müssen im Hinblick auf ihre Aufmachung und ihren Inhalt die Menschenwürde und die Grundrechte anderer achten und dürfen nicht zu Hass aufgrund von Rasse, Geschlecht, Religion und Nationalität aufstacheln.“⁴

Zu den Gesetzen kommen medienethische Übereinkünfte, auf die sich z. B. Verleger*innen und Journalist*innen im Österreichischen Presserat verständigt haben – auch um schärferen Gesetzen zuvorkommen. Da heißt es etwa in den „Grundsätzen für die publizistische Arbeit“ unter Punkt 7.1: „Pauschalverdächtigungen und Pauschalverunglimpfungen von Personen und Personengruppen sind unter allen Umständen zu vermeiden.“⁵ Und weiter unter Punkt 7.2: „jede Diskriminierung aus rassischen, religiösen, nationalen, sexuellen oder sonstigen Gründen ist unzulässig.“⁶ 2014 hat der Presserat, der nach Beschwerden von Leser*innen tätig wird, die Berichterstattung der *Kronen Zeitung* zum Thema Betteln⁷ in mehreren Fällen beanstandet und ausführlich begründet, inwiefern

3 Siehe Bundeskanzleramt, Rechtssystem, Gesamte Rechtsvorschrift für ORF-Gesetz, Fassung vom 13. 07. 2016, 2. Abschnitt, § 10 (2): <https://www.ris.bka.gv.at/Geltend:Fassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000785&ShowPrintPreview=True>.

4 Vgl. Bundeskanzleramt, Rechtssystem, Gesamte Rechtsvorschrift für Privatradiogesetz, Fassung vom 13. 07. 2016, 5. Abschnitt, § 16 (4): <https://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Dokumentnummer=NOR40119593>.
5 Österreichischer Presserat, Grundsätze für die publizistische Arbeit. Ehrenkodex für die österreichische Presse: http://www.presserat.at/show_content.php?hid=2.

6 Ebd.

7 Österreichischer Presserat, Beschwerdesenat 2, Entschiedene Fälle 2014, vgl. http://www.presserat.at/re/upload/entscheidungen_2014/entscheidung_2014_018_11.03.2014.pdf.

1 Rühl, Manfred, Journalismus und Gesellschaft, Mainz 1980, 322 f.

2 Vgl. Schulz, Winfried, Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung, Wiesbaden 2011, 54 und 317 f.

gegen den Ehrenkodex für die österreichische Presse verstoßen wurde. Allerdings – und hier zeigen sich die Grenzen freiwilliger Selbstkontrolle – erkennen die Medieninhaber*innen der *Kronen Zeitung* die Schiedsgerichtbarkeit des Österreichischen Presserats nicht an.

1.2 Studien zu Armut in den Medien: ein Überblick

Kommunikationswissenschaftliche Studien, die dem Spannungsverhältnis zwischen Pressefreiheit und der Gefahr stereotypen, letztlich diskriminierender Berichterstattung nachgehen, gibt es viele. Sowohl Medien als auch Wissenschaft fokussieren dabei aber bestimmte soziale Gruppen (z. B. „Frauen“, „Alte“ oder „Ausländer“) und vernachlässigen die Vielzahl und Verschränktheit sozialer Kategorien. Auffällig ist z. B. die Nicht-Präsenz der Kategorie Klasse und der damit verbundenen Fragen von Reichtum, Armut und sozialer Ungleichheit in der deutschsprachigen kommunikationswissenschaftlichen Forschung.⁸ Studien zu Prekarität und speziell zu Armutsmigration, temporärer Migration und Betheim stammen häufig aus der Soziologie, die dann meist nur am Rande auf Kommunikation und mediale Repräsentationen eingehen.

So ist Armut in den Medien ein kommunikationswissenschaftlich kaum bearbeitetes Thema. Eine der wenigen Ausnahmen bildet die in Vorbereitung auf das für 2010 ausserufene „Europäische Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung“ vom deutschen Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) in Auftrag gegebene Studie zum „Umgang der Medien mit Armut und sozialer Ausgrenzung“. Ziel der Studie war, so die Autorin Maja Malik, durch Medieninhaltsanalysen die formalen und inhaltlichen Merkmale der Berichterstattung über Armut und Ausgrenzung zu erfassen und Journalist*innen zu befragen, welche Faktoren für diese Art der Berichterstattung ausschlaggebend sind.⁹ Zwar gibt es deutliche Unterschiede je nach Medientyp und redaktionellem Konzept, doch bestätigen die Aussagen der befragten Journalist*innen, dass diese sich bei der Auswahl der Themen vor allem auf einzelne Ereignisse konzentrieren, die ihnen einen konkreten Berichterstattungsanlass bieten. Insbesondere Themen, die eine Nähe zur Lebenswelt des Publikums aufweisen und die als aktuell gelten, werden für die Berichterstattung ausgewählt. Berichterstattung über Armut

und Ausgrenzung findet laut dieser Studie am häufigsten im Wirtschaftsressort statt. Dabei greifen die Journalist*innen nur zu einem geringen Teil auf Agenturmaterial zurück, stattdessen recherchieren und verfassen sie die Beiträge selbst. Was journalistische Darstellungsformen und Sprachstil anbelangt, kommt die Studie zu dem Ergebnis, dass die Beiträge überwiegend neutral-informierend verfasst sind. Personalisierung, Emotionalisierung und eine spezifische Diktion sind eher die Ausnahme.¹⁰

2013 untersuchten Hans-Jürgen Art und Wolfgang Storz im Auftrag der Rosa-Luxemburg Stiftung, warum Reichtum für Journalist*innen eine „Blackbox“ darstellt und über Armut, wenn sie denn überhaupt thematisiert wird, letztlich stereotyp berichtet wird.¹¹ Eine Ursache sehen die Autoren in den Bedingungen journalistischen Arbeitens und der Herkunft der Journalist*innen. Sie würden die Chancen der Pressefreiheit nicht ausreichend nutzen und sich „eigenständige, von den Systemen der Wirtschaft und Politik unabhängige Themen- und Positionsetzungen erlauben“.¹²

Die Studien von Malik sowie Art und Storz zielen darauf festzustellen, wie in deutschen Medien über Armut und Reichtum im Allgemeinen berichtet wird. Armut, wie sie sich konkret in der Handlung des um Geld Bittens manifestiert, und die Berichterstattung über dieses soziale Phänomen nehmen hingegen nur wenige Forscher*innen in den Blick. In einer finnischen Masterarbeit wurde die Berichterstattung einer norwegischen und einer finnischen Tageszeitung (*Aftenposten* und *Helsingin Sanomat*) über Bettelnde mittels Diskursanalyse untersucht. Dabei identifizierte die Autorin sieben „main discourses“: „deprivation-solidarity discourse“, „human rights discourse“, „order discourse“, „crime discourse“, „space and majority reaction discourse“, „authority control discourse“, „authority control discourse“¹³. Ein weiteres Forschungsinteresse lag bei dieser Studie darin, dem Zusammenhang von nationalen Selbst- und Fremdbildern, Inklusion

10 Vgl. ebd. 9.

11 Art, Hans-Jürgen/Storz, Wolfgang, Portionierte Armut, Blackbox Reichtum. Die Angst des Journalismus vor der sozialen Kluft. Studie im Auftrag der Rosa Luxemburg Stiftung, Berlin 2013. Online unter: <https://www.rosalux.de/publication/39364/portionierte-armut-blackbox-reichtum.html> (25. 07. 2016).

12 Ebd. 93.

13 Warius, Johanna Maria Larsdotter, „And now to the rest of the trash ...“ Representations of begging Roma and an ideal society in two Nordic newspapers (Masterthesis), University of Helsinki, Faculty of Social Science, Helsinki 2011. Online unter: https://helda.helsinki.fi/bitstream/handle/10138/28107/Warius_Pro%20Gradu.pdf?sequence=3 (28. 08. 2016).

8 Vgl. Thiele, Martina, Medien und Stereotype. Konturen eines Forschungsfeldes, *Bielefeld* 2015, 378 f.

9 Vgl. Malik, Maja, Abschlussbericht zur Studie „Zum Umgang der Medien mit Armut und sozialer Ausgrenzung“ im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Münster 2010.

und Exklusion nachzugehen. Die Autorin gelangte zu dem Schluss: „While portraying the begging Roma in a certain way, the media texts simultaneously function as a symbolic mirror, reflecting certain social values which emerge as central in the national self-understanding. The societal ideal-image promoted by the inclusionary stance is based on values of solidarity and other ideals classically placed to the left in the political spectrum. Actors utilizing discourses which endorse the exclusionary stance perceive of the ideal society as one where national benefits are prioritized. These values can be understood as representing more conservative political orientations.“¹⁴

Unter anderem mit medialen Konstruktionen von Roma/Romnja und Metaphern wie „Bettlerflur“, die im Zusammenhang mit temporärer Migration verwendet werden, befasst sich ein Grazer/Innsbrucker Team von Geschichts- und Kulturwissenschaftler*innen.¹⁵ Dabei ist aber ebenso wie in den Studien des Salzburger Sozialpsychologen Heinz Schoibl, der 175 Notreisende zu Migrationsrunden, ihrer früheren und derzeitigen Lebenssituation befragt hat,¹⁶ keine systematische Medieninhaltsanalyse durchgeführt worden. Doch konnten in diesen wichtigen Studien aufschlussreiche Ergebnisse zu den „Images von bettelnden Romnja“ sowie der pauschalen Wahrnehmung von Bettelnden als Roma/Romnja präsentiert werden und durch die Befragungen, sowohl bei Schoibl als auch bei Benedik et al., kamen – was in der sozialwissenschaftlichen Forschung noch viel zu selten ist – die Betroffenen selbst zu Wort.

In unserer Studie zur Salzburger Debatte über das Betteln stehen nun die Medien und ihre Berichterstattung, genauer die beiden reichweitenstärksten Tageszeitungen im Land Salzburg, die *Salzburger Nachrichten* und die Salzburg-Ausgabe der *Kronen Zeitung*, im Mittelpunkt des Interesses.

¹⁴ Ebd. 101.

¹⁵ Benedik, Stefan/Tiefenbacher, Barbara/Zettelbauer Heidrun, Die imaginierte „Bettlerflur“: Konstruktionen, Organisation und Positionierungen in temporären Migrationen von Roma und Romnja, Klagenfurt/Wien 2013. Zur medialen Darstellung Bettelnder vgl. auch: Kempf-Gießing, Martina/Koller, Ferdinand/Krobath, Peter A., Unwesen, Schande, Mafia. Zur medialen Darstellung von bettelnden Menschen in Österreich, in: Wien Museum u. a. (Hg.), Romane Thana. Orte der Roma und Sinti, Wien 2015, 212–215.

¹⁶ Vgl. Schoibl, Heinz: Notreisende und Bettelmigranten. Armutsbedingte Zuwanderung in Wohlstandsregionen Europas – am Beispiel Salzburg, in: soziologie heute (Februar 2014), 14–19. – Vgl. ders., „Solange es mir hier, auf der Straße, besser geht als Zuhause, werde ich herkommen und betteln.“ Notreisende und Bettelmigranten in Salzburg. Erhebung der Lebens- und Bedarfslagen. Studie im Auftrag des „Runder Tisch Menschenrechte, Salzburg 2013.

2 Studiendesign

Über einen Zeitraum von zwei Jahren (01. 01. 2013 bis 31. 12. 2014) wurde erhoben, wie die *Salzburger Nachrichten* und die *Kronen Zeitung* über bettelnde Menschen berichten. Dafür haben wir alle redaktionellen Beiträge und die Leser*innenbriefe zum Thema Betteln unter Rückgriff auf die Datenbank defacto¹⁷ erfasst, die Beiträge mithilfe des Statistikprogramms SPSS codiert und ausgewertet. Die quantitative Inhaltsanalyse lieferte eine Übersicht über zentrale Strukturdaten unseres Samples. Darauf aufbauend haben wir eine qualitative Inhaltsanalyse ausgewählter Beiträge durchgeführt. Bei der Inhaltsanalyse handelt es sich um eine in den Sozialwissenschaften und speziell der Kommunikations- und Medienwissenschaft sehr häufig verwendete Methode zur quantitativen und qualitativen Erfassung von Inhalten und Aussagen. 504 Beiträge bildeten schließlich das Sample, wobei ein Drittel (N=168, 33,3 %) der Beiträge aus den *Salzburger Nachrichten* stammte, zwei Drittel (N=336, 66,7 %) aus der *Kronen Zeitung*.

Für die Untersuchung dieser beiden Blätter haben wir uns entschieden, weil sie sehr viele Leser*innen erreichen und die öffentliche Meinung in Salzburg maßgeblich prägen. Die Media-Analyse 2015 belegt, dass die *Salzburger Nachrichten* und die *Kronen Zeitung* im Bundesland Salzburg bei den Leser*innenreichweiten fast gleichauf liegen: 35,4 % lesen die *Salzburger Nachrichten*, 33,9 % die *Kronen Zeitung*.¹⁸ Zugleich haben wir mit diesen beiden Zeitungen zwei Blätter gewählt, die sich in ihrer Aufmachung, ihrem journalistischen Anspruch und ihren Zielgruppen deutlich unterscheiden. Die *Salzburger Nachrichten* werden gemeinhin zu den österreichischen Qualitätszeitungen gezählt, die *Kronen Zeitung* zum Segment der Boulevardzeitungen. Von Interesse war bei unserer Untersuchung daher auch, welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen beiden Zeitungen in der Berichterstattung über Betteln existieren.

3 Ergebnisse

3.1 Zeitverlauf

Der Umfang der Berichterstattung variiert im Untersuchungszeitraum erheblich. Ein erster Anstieg ist im März 2013 zu verzeichnen, als in der *Kronen Zeitung*

¹⁷ Unsere Suchbegriffe lauteten bettel*, bettler* + Salzburg

¹⁸ Vgl. Media-Analyse 2015: <http://www.media-analyse.at/table/2613>. – Weit abgeschlagen sind im Bundesland Salzburg die beiden nationalen Qualitätszeitungen *Der Standard* mit 2,8 % Leser*innenreichweite und *Die Presse* mit 3,3 %.

10 Beiträge, in den *Salzburger Nachrichten* 4 erscheinen. Im Frühjahr 2014 zeichnet sich wiederum eine deutliche Zunahme der Berichterstattung ab. Im Februar 2014 liegen beide Blätter mit 16 Beiträgen gleichauf, im April 2014 weiten sie die Berichterstattung noch einmal deutlich aus. In den *Salzburger Nachrichten* erscheinen 33 Beiträge, in der *Kronen Zeitung* 47. In beiden Zeitungen bleibt das Thema sehr präsent, auch über den Sommer, der gemeinhin als nachrichtenarme Zeit gilt, erscheinen nahezu täglich Beiträge zum Thema Betteln. Das setzt sich fort, wobei die Zahl der Beiträge in der *Kronen Zeitung* meist doppelt so hoch ist als in den *Salzburger Nachrichten*. Nur im Dezember 2014 erscheinen in den *Salzburger Nachrichten* mit 9 Beiträgen 4 mehr als in der *Kronen Zeitung*.

3.2 Journalistische Darstellungsformen, Ressorts und Quellen

Neben dem Zeitverlauf interessierte uns die Art der Beiträge, konkret, welche journalistischen Darstellungsformen von den beiden Zeitungen bevorzugt werden. Bei 52 % der Beiträge in den *Salzburger Nachrichten* handelt es sich um Meldungen zum Thema Betteln, bei 10 % um Hintergrundberichte und Analysen und damit um nachrichtenbetonte Formen. Doch auch der Anteil der meinungsbetonten Formen ist mit 22 % Leser*innenbriefe und 5 % Kommentaren recht hoch, allerdings längst nicht so hoch wie bei der *Kronen Zeitung*. Darin sind die Leser*innenbriefe¹⁹ mit 52,4 % die Form, die am häufigsten gewählt wird, um Betteln zu thematisieren, gefolgt von Meldungen mit 34,5 %.

Die Auswertung nach Ressorts zeigt, dass Armutsmigration lediglich in 0,8 % der insgesamt 504 Beiträge (4 von 504) als globales Phänomen in den Ressorts Ausland oder Wirtschaft behandelt wird. Vielmehr erscheint Betteln als lokales Phänomen, weswegen die meisten Beiträge im Ressort Lokales zu finden sind: in den *Salzburger Nachrichten* 41 % der Beiträge zum Thema Betteln, in der *Kronen Zeitung* 48,5 %.

Auf Agenturmeldungen als Quelle wird beim Thema Betteln so gut wie gar nicht (0,8 %) zurückgegriffen, vielmehr handelt es sich um eigene redaktionelle Beiträge. Ihr Anteil liegt bei den *Salzburger Nachrichten* bei 67,3 %, bei der *Kronen Zeitung* bei 39 %. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die am häufigsten genutzte „Quelle“ der *Kronen Zeitung* mit 52 % die Leser*innenbriefe sind.

19 Streng genommen dürfte bei Leser*innenbriefen gar nicht von „journalistischer Darstellungsform“ gesprochen werden. Allerdings können die Redakteur*innen Leserbriefe auswählen und auch kürzen – oder wie bei der *Krone* immer wieder vermutet wird – die Briefe auch selber schreiben.

3.3 Aktualitätsbezug, Anlass und Auslöser der Berichterstattung

Was den Zeitbezug der Beiträge anbelangt, ihre Aktualität, dominiert bei beiden Blättern ganz klar die aktuelle, ereignisbezogene Berichterstattung, bei der das Ereignis, über das berichtet wird, nicht länger als eine Woche zurückliegt. Bei den *Salzburger Nachrichten* machen diese aktuellen Beiträge 60,1 % aus, bei der *Kronen Zeitung* 52,9 %. Über Vergangenes wird selten berichtet, ebenso ist die Zukunft in gerade einmal 1,7 % der *Salzburger Nachrichten*-Artikel angesprochen. Die hohe Zahl der Leser*innenbriefe, in denen eher allgemein und nicht auf ein aktuelles Ereignis bezogen, Betteln thematisiert wird, führt dazu, dass bei einem Drittel der Beiträge kein eindeutiger Zeitbezug feststellbar ist.

Neben den allgemeinen Strukturdaten bildeten die inhaltlichen Kategorien den zweiten Teil unserer Analyse. Für die Frage, wie Medien über das Thema Betteln berichten, ist zentral, welche Themen zum Gegenstand der Berichterstattung werden, aber auch welche Rahmungen dabei vorgenommen werden. Dabei kann ein Anlass, z. B. dargestellt durch eine Handlung der Exekutive („die Polizei kontrolliert verstärkt Bettler*innen“), zur Berichterstattung führen, oder ein konkretes Ereignis wird als dasjenige dargestellt, warum der Beitrag veröffentlicht wurde (z. B. „der runde Tisch zum Thema Betteln hat im Juli 2014 folgende Ergebnisse erbracht“). Mit dem Anlass der Berichterstattung und – wenn genannt – dem konkreten Auslöser der Berichterstattung wird die inhaltliche Ebene der Berichterstattung analysiert. Diese beiden Kategorien lassen Rückschlüsse darüber zu, was zur Berichterstattung führte und damit auch Einfluss auf die Entwicklung der Debatte hatte.

Der Anlass der Berichterstattung stellt somit den ersten Schritt dar, um zu erfahren, was Journalist*innen als berichtenswert empfinden und den Ausgangspunkt des Beitrags bildet. Damit ist noch nicht die Art und Weise, d. h. das *Wie* der Berichterstattung verbunden, aber der Anlass liefert den ersten Anhaltspunkt, worauf die Aufmerksamkeit der Journalist*innen gerichtet ist. Als Anlass der Berichterstattung gilt der formale Anlass, d. h. der Anlass, der im Beitrag als derjenige dargestellt wird, der zur Berichterstattung führte – nicht in jedem Beitrag ist ein Anlass erkennbar (vgl. Tab. 1).

Die Ergebnisse zeigen, dass es insbesondere – in 142 Beiträgen, also in 28,2 % der untersuchten Texte – politisch-institutionelle Handlungen sind, etwa Regierungserklärungen, Äußerungen des Bürgermeisters oder anderer Politiker*innen, die zu einer intensiven Berichterstattung führen. Etwas weniger schaffen es zivilgesellschaftliche Akteur*innen wie der *Verein Phurdo* – ein Roma-Sinti-Verein in Salzburg – oder die *Caritas*, den Anlass der Berichterstattung zu liefern; Handlungen zivilgesellschaftlicher Akteur*innen sind nur in 76 (15,1 %) der

Tabella 1: Anlass der Berichterstattung

Anlass der Berichterstattung	Anzahl	Prozent
politisch-institutionelle Handlung	142	28,2
zivildgesellschaftliche Handlung	76	15,1
Handlung der Exekutive	33	6,5
juristische Handlung	24	4,8
Medienveranstaltung,	16	3,2
Presseausendung		
Protest/Demonstration	10	2,0
Reaktion auf Leserbrief	9	1,8
Kultur, Theater	7	1,4
Anderes	49	9,7
nicht erkennbar/kein formaler Anlass	138	27,4
Gesamt	504	100,0

Beiträge ein Anlass, das Thema Betreten aufzugreifen. Handlungen der Exekutive (N=33; 6,5 %), vor allem der Polizei, und juristische Handlungen (N=24; 4,8 %), etwa juristische Verlaubarungen zum Betretelverbot, waren des Weiteren Anlass, um über Betreten in Salzburg zu berichten.

Wenn nun Unterschiede und Parallelen bezüglich des Anlasses der Berichterstattung zwischen *Salzburger Nachrichten* und *Kronen Zeitung* in den Blick genommen werden, zeigt sich, dass politisch-institutionelle Handlungen von beiden Zeitungen gleich häufig zum Anlass der Berichterstattung genommen werden (*Kronen Zeitung* 28,3 %; *Salzburger Nachrichten* 28 %). Unterschiede zeigen sich bei den Handlungen der Exekutive, denen in den Beiträgen der *Kronen Zeitung* mehr Platz eingeräumt wird (7,1 % zu 5,4 %), während zivilgesellschaftliche Handlungen eher den Anlass in den *Salzburger Nachrichten* bilden (20,2 % zu 12,5 %).

Zivilgesellschaftliche Handlungen werden insgesamt seltener zum Anlass der Berichterstattung als politisch-institutionelle Handlungen oder Handlungen der Exekutive bzw. der Judikative. Insbesondere wenn die drei letztgenannten Kategorien zusammengefasst werden, zeigt sich eine Dominanz des politisch-administrativen Systems als Anlass der Berichterstattung (insgesamt in 39,5 % der Beiträge). Die Debatte über Betretler*innen in Salzburg wird also vorrangig vom politischen System bestimmt, da zumeist über politische und juristische Entscheidungen berichtet wird. Institutionelle Akteur*innen, die die politischen und juristischen Entscheidungen kommunizieren, nehmen insofern eine

führende Rolle innerhalb der Debatte ein, als sie diese Debatte bewusst in Gang setzen können, indem sie Presseerklärungen versenden oder Pressekonferenzen veranstalten. Damit bestimmen sie zu einem großen Teil darüber, was in Medien berichtet wird und welche Themen in der Debatte aufgegriffen werden. Allerdings zeigt dies zunächst nur eine Tendenz auf – die weiteren Kategorien zu Sprechpositionen und Themenfeldern lassen dann Aussagen darüber zu, ob auch konkurrierende und inhaltlich vielfältige Positionen vorhanden sind oder ob die Perspektive eingeschränkt ist.

Um den Anlass weiter auszudifferenzieren und der Frage nachzugehen, ob einzelne Ereignisse eine verstärkte Berichterstattung nach sich zogen, haben wir im Folgenden codiert, wenn ein konkretes Ereignis Auslöser der Berichterstattung war. In vielen Fällen lässt sich die Berichterstattung auf einzelne Ereignisse zurückführen und wird intensiv geführt, wie bereits die Verteilung der Berichterstattung über den Zeitverlauf zeigte (vgl. Abb. 1). So weisen 66,9 % (N=332) der Beiträge eine ereignisbezogene Berichterstattung auf. Die Spannweite der

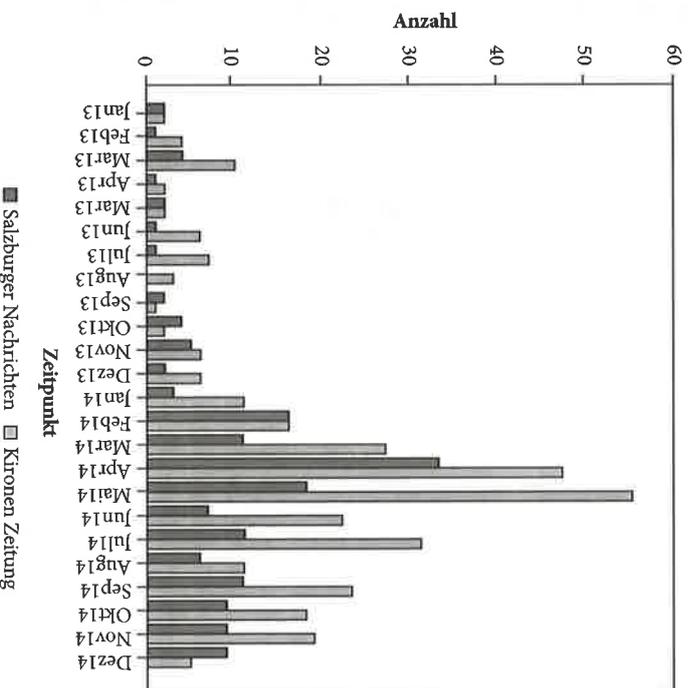


Abbildung 1: Zahl der Beiträge in den untersuchten Zeitungen im Zeitverlauf

Ereignisse, über die berichtet wird, ist dabei groß. Von diesen 332 Beiträgen sind es 109 Beiträge (also insgesamt 21,6 %), die sich auf weitere – nur einmal genannte – Ereignisse beziehen. Große Aufmerksamkeit der Journalist*innen zog der so genannte „Runde Tisch“ auf sich, er war für 34 Beiträge der Auslöser der Berichterstattung. Beim „Runden Tisch“ diskutierten im Mai und Juli 2014 Verantwortliche aus Politik, Verwaltung, Exekutive sowie Vertreter*innen von NGOs über den Umgang mit Bettler*innen in Salzburg. Des Weiteren waren Ereignisse wie die angebliche „Aufdeckung des Menschenhandels“ durch die extra eingerichtete „Sonderkommission Bettler“ in 16 Beiträgen der Auslöser, zudem eine Tagung zum Thema Betteln sowie der Bau von Containern zur Unterbringung der Bettler*innen in je 13 Beiträgen. Auffällig ist dabei, dass ein nicht unerheblicher Teil der Ereignisse, die konkret als Auslöser der Berichterstattung dienten, auf Berichte und Presseerklärungen der Polizei zur Organisiertheit der Bettler*innen zurückgehen. Hier zeigt sich bereits, dass die Polizei bzw. die Exekutive in der medialen Debatte um das Betteln viel Raum erhalten ungeachtet dessen, dass zwar zahlreiche Anzeigen gestellt wurden, es aber im Untersuchungszeitraum nicht zur Anklageerhebung kam. Wenn 34,1 % der Beiträge kein konkretes Ereignis als Auslöser haben, bedeutet dies, dass das Thema medial über einen längeren Zeitraum kontinuierlich vorhanden ist und die Debatte zwar zu einem Teil ereignisbezogen ist, jedoch auch ohne konkrete Ereignisse wiederholt über dieses Thema berichtet wird.

3.4 Sprechpositionen

Codiert wurden darüber hinaus die Sprechpositionen, damit kann erfasst werden, wer in dem jeweiligen Beitrag zu Wort kommt bzw. zitiert wird. Die Analyse der Sprechpositionen lässt Rückschlüsse darüber zu, welchen Stellenwert einzelne Akteur*innen oder Gruppen von Akteur*innen einnehmen und wie sich damit die Teilhabe unterschiedlicher Akteur*innen an der medialen Debatte über das Thema Betteln darstellt. Darüber hinaus können Aussagen darüber getroffen werden, wer Einfluss auf den Verlauf der Debatte nimmt und damit explizit oder implizit die Deutungshoheit über ein bestimmtes Thema hat. Eine Sprechposition nehmen dann Akteur*innen ein, deren Positionen dargestellt werden und die zu Handlungen auffordern, die also direkt, paraphrasiert oder indirekt zitiert werden. In dieser Kategorie zeigen sich in unserer Analyse deutliche Unterschiede (vgl. Tab. 2).

Insgesamt sind es vor allem Bürger*innen (38,1 %), deren Äußerungen zitiert werden, das liegt zum einen an der großen Anzahl an Leser*innenbriefen, zum anderen aber auch daran, dass als Stilmittel in redaktionellen Beiträgen auf die

Table 2: Sprechpositionen (Mehrfachnennungen möglich)

Sprechposition	Anzahl	Prozent
Bürger*innen	192	38,1
Einzelakteur*innen	93	18,5
Polizei	89	17,7
ÖVP	83	16,5
SPÖ	68	13,5
Interessensverband (z. B. Phurdo, Plattform für Menschenrechte)	67	13,3
Regierung	65	12,9
Zivilgesellschaft/Soziale Bewegung	48	9,5
Grüne/Bürgerliste	36	7,1
Diakonie/Caritas	32	6,3
Kirche	31	6,2
FPÖ	28	5,6
Judikative	26	5,2
Medien/Journalismus	22	4,4
Bettler*innen	20	4,0
Neos	14	2,8
Kulturbereich	14	2,8

„Meinung“ der Bürger*innen verwiesen wird. Ebenfalls häufig werden Einzelakteur*innen (18,5 %) genannt, worunter alle Personennennungen fallen, die nicht einer Akteursgruppe zugeordnet werden konnten. Häufig wird der Polizei (17,7 %) eine Sprechposition zugewiesen, ebenso den Regierungsparteien ÖVP (16,5 %) und SPÖ (13,5 %). Aber auch Interessensverbänden wie dem *Verein Phurdo* oder der *Plattform für Menschenrechte* (13,3 %) gelingt es, ihre Positionen und Sichtweisen in den Medien sichtbar zu machen.

Vergleicht man nun die Ergebnisse zwischen den Zeitungen, fällt auf, dass in der *Kronen Zeitung* vor allem die Bürger*innen zu Wort kommen (in 42,6 % der Beiträge). Dies liegt an der hohen Anzahl an Leser*innenbriefen, in denen auf „die Bürger“ und deren Auffassungen verwiesen wird. Die weiteren Daten zeigen, dass in den *Salzburger Nachrichten*, mehr als in der *Kronen Zeitung*, Vertreter*innen der Politik, also der Regierung ebenso wie von Parteien (ÖVP, SPÖ, Die Grünen und FPÖ), zitiert werden. Bezüglich der Verlautbarungen und Handlungen der Polizei und Judikative zeigen sich kaum Unterschiede. Zivilgesellschaftliche Akteur*innen (16,7 % zu 6 %) ebenso wie Interessensverbände (22 % zu 8,9 %) kommen hingegen in der *Kronen Zeitung* deutlich seltener zu Wort.

Damit zeigt sich, dass in den *Salzburger Nachrichten* verschiedene Gruppen von Akteur*innen Sprechpositionen erhalten, die von politischen, kirchlichen bis zivilgesellschaftlichen Gruppen reichen. In der *Kronen Zeitung* hingegen wird vor allem mit der Meinungsseite und den Äußerungen von Bürger*innen in den Leser*innenbriefen die Ablehnung von Bettler*innen deutlich. Bettler*innen selbst nehmen keine Sprechpositionen ein und werden damit nicht als aktive Individuen dargestellt, sondern bleiben Objekt der Berichterstattung. Das heißt, dass Betteln in der medialen Darstellung nicht unbedingt mit den betroffenen Menschen, sondern zu einem wesentlichen Teil mit politischen Akteur*innen, der Polizei, aber auch Vertreter*innen sozialer Einrichtungen verknüpft wird. Damit entsteht durch die zitierten Sprechpositionen, also den Personen und Personengruppen, die in den Beiträgen zu Wort kommen, bereits eine Rahmung der Berichterstattung über Betteln. Dies lässt vermuten, dass Betteln in der medialen Berichterstattung vor allem mit politischen und behördlichem Regelungs- bzw. Handlungsbedarf sowie den Hilfsleistungen von Hilfsorganisationen und Wohlfahrtsverbänden in Verbindung gebracht wird. Dieses Ergebnis deckt sich mit dem Anlass der Berichterstattung, der vor allem in politisch-institutionellen und zivilgesellschaftlichen Handlungen liegt.

3.5 Themen und Themencluster

Im Untersuchungszeitraum haben wir 16 verschiedene Themen identifiziert, die in der Mediendebatte über Bettler*innen vorkamen. Das zeigt, wie intensiv und vielfältig die Diskussion in Salzburg verliert. In 99 Artikeln (19,6 %), und damit am häufigsten, werden politische Lösungen diskutiert bzw. gefordert. Die zweite Stelle nimmt mit 54 Artikeln bzw. 10,7 % aller Beiträge die Kontroverse über ein Verbot des Bettelns in Teilen der Innenstadt ein, das inzwischen umgesetzt und 2016 sogar noch erweitert wurde. Mit 49 Artikeln (10,3 %) folgt die damit im Zusammenhang stehende Behauptung, dass das Betteln organisiert sei und dahinter kriminelle Machenschaften stünden. Erst auf Platz vier folgen Fragen und Forderungen nach einem humanitären Umgang mit Bettler*innen (N = 41, 9,7 %). Auf Platz fünf findet sich mit noch 41 Artikeln die ebenfalls polarisiert geführte Debatte, ob Bettler*innen Unterkünfte und wenn ja, wie viele, zur Verfügung gestellt werden sollten. Weit abgeschlagen finden sich Beiträge, die Informationen über die Gesetzeslage bieten oder über Hintergründe und Ursachen des Bettelns Auskunft geben.

Um besser zu verstehen, ob die Vielfalt an Themen zugleich bedeutet, dass in der Mediendebatte umfassend informiert wurde und vielfältige Positionen zu

Wort kamen, haben wir die verschiedenen Themen in vier nach inhaltlichen Kriterien bestimmten Themenclustern zusammengefasst.

Der Befund, dass das Thema vielfältig diskutiert wurde, wird durch die Clusteranalyse relativiert, da fast ein Drittel aller Beiträge Fragen nach der Organisiertheit des Bettelns und den angeblichen Profiteuren und ‚Hintermännern‘ aufwirft. Es geht dabei um Formen des Bettelns ebenso wie um vermeintlich kriminelle Handlungen, Inszenierungen und Täuschungen von Bettler*innen. Erst an zweiter Stelle folgen Forderungen nach einer politischen Lösung und Fragen nach den Kosten sowie gesetzlichen Regelungen. Zumeist wird hier Betteln als Problem vorausgesetzt, das „gelöst“ werden müsse. In 86 Artikeln werden vermutete Auswirkungen auf Salzburg und die Salzburger Bürger*innen diskutiert. Neben den Unterkünften für bettelnde Menschen stehen dabei die Folgen für den Tourismus oder eine mögliche Beeinträchtigung des Wohnumfelds im Mittelpunkt. An letzter Stelle der Themenagenda der Medien finden sich humanitäre Fragen nach dem Alltag und den Lebensbedingungen von Bettler*innen sowie nach den Ursachen temporärer Migration. Insgesamt zeigt sich, dass tatsächliche oder vermeintliche Probleme des Bettelns im Mittelpunkt der Mediendebatte stehen, wohingegen die Situation der Menschen, die betteln, nur selten thematisiert wird.

Die Tabelle 3 zeigt, wie unterschiedlich *Salzburger Nachrichten* und *Kronen Zeitung* berichten. Die *Kronen Zeitung* fokussiert sehr stark auf das Themencluster „Organisiertheit und Kontrolle“. Auch die politisch-finanzielle Dimension wird in der Boulevardzeitung viel stärker thematisiert als in der Regionalzeitung, oft verbunden mit einer Schelle der in Stadt und Land regierenden Parteien ÖVP, SPÖ und Grüne.

Tabelle 3: Themencluster

Themencluster	Anzahl	Prozent	Davon: SN %	Davon: Krone %
Organisiertheit und Kontrolle des Bettelns	161	35,2	16,8	83,2
politische und finanzielle Aspekte	141	30,8	28,4	71,6
Auswirkungen auf Salzburg	86	18,8	38,4	61,6
Alltag und Lebensbedingungen	69	15,1	86,1	31,9
Gesamt	457 ²⁰	99,9	32,2	67,8

20 47 fehlende Werte, da 42 Einzelthemen nicht erfasst wurden und bei 5 Artikeln kein Thema erkennbar war.

Die Themenwahl unterscheidet sich auch nach journalistischen Darstellungsformen, wenn die Unterschiede hier auch nicht so deutlich ausfallen wie im Vergleich der Zeitungen. So kommt das Themencluster „Alltag und Lebensbedingungen“ nur in 19 Leser*innenbriefen vor; das entspricht 27,5 % der Nennungen. Hier handelt es sich also um einen Themenbereich, der vor allem durch redaktionelle Beiträge der *Salzburger Nachrichten* ausgestaltet wird. Demgegenüber ist das Themencluster „politische und finanzielle Aspekte“ mit 71 von 141 Thematisierungen in Leser*innenbriefen etwas stärker vertreten als es ihrem Anteil an dieser Darstellungsform entspricht (vgl. 3.2). Neben der Frage, welche Themen und Probleme überhaupt diskutiert werden, ist für die Ein- und Ausschlüsse, die Medien vornehmen, von besonderem Interesse, wie diese Debatte jeweils sprachlich geführt wird, wer darin als Subjekt eingebunden ist oder aber als Objekte adressiert wird, wie also das „Wir“ und „die Anderen“ konstruiert wird.

3.6 Sprache

Die Sprache der Medien ist für die Darstellung von Menschen und Gruppen von außerordentlicher Bedeutung. Durch Sprache können Menschen als einer Gemeinschaft zugehörig charakterisiert oder aber aus einem imaginierten „Wir“ der Zeitungslisenden und Österreicher*innen ausgeschlossen werden. Wir haben als einen wichtigen Indikator für einen angemessenen Sprachgebrauch erfasst, welche Bezeichnungen für bettelnde Menschen in den Medienbeiträgen Verwendung fanden. Dabei handelt es sich oft um Metaphern, um Sprachbilder, die ein Thema rahmen. So fand sich in 42 Beiträgen etwa der abwertende Begriff der „Bettlerbande“, der nahelegt, dass die Salzburger Bettler*innen organisiert sind und einer kriminellen Gruppierung angehören. Das legt eine Rahmung der Debatte nahe, in der der Kriminalitätsdiskurs überwiegt und Betteln vorrangig als ein Problem für Salzburg gesehen wird. Wird ein Thema so gerahmt, wird es schwer, etwa über die Ursachen des Bettelns zu sprechen oder das Schicksal einzelner Menschen zu beschreiben.

Eine Mehrzahl der Artikel (64,1 %) verwendet keinen spezifischen Begriff, sondern spricht von bettelnden Menschen oder „Bettlern“ und „Bettlerinnen“. Das heißt jedoch zugleich, dass in 181 oder 35,9 % der Beiträge, also mehr als einem Drittel, spezifische Bezeichnungen Verwendung finden, die von wenigen Ausnahmen abgesehen negative Konnotationen wecken.

Vor allem in der *Kronen Zeitung* findet sich eine Vielzahl von diskriminierenden Begriffen. Besonders häufig werden die Begriffe „Bettlerbande“ (42), „organisiertes Betteln“ (32), „Bettlermafia“ (28), und „Bettlerunwesen“ (17)

verwendet. Das entspricht einem relativen Anteil von 75,7 % der kodierten Begriffe. „Roma (und Sinti)“ werden in 18 Artikeln genannt. Gemessen an den Ergebnissen der oben genannten Grazer Studie,²¹ dass „Bettler“ und „Roma“ fast synonym Verwendung finden und damit an alle Vorurteile angeknüpft wird, scheint die Salzburger Mediendebatte weniger durch Antiziganismus geprägt zu sein. Erklärungen dafür liefern einerseits, die – oft positiv bewerteten – Aktivitäten des Vereins *Phurdo* sowie vielleicht auch eine Sensibilisierung der Salzburger*innen durch die Debatte über den von Leni Riefenstahl zwischen 1940 und 1944 gedrehten Film „Tiefand“, in dem Insassen des „Zigeunerlagers“ im Salzburger Stadtteil Maxglan als Statist*innen dienten.

Um die Rahmungen des Themas in der Mediendebatte weitergehend zu verdeutlichen, ordnet Tabelle 4 die verschiedenen Bezeichnungen Begriffsfeldern zu. Nahezu 80 % der gewählten Begriffe legen einen Zusammenhang zwischen Betteln und Kriminalität nahe. *Salzburger Nachrichten* und *Kronen Zeitung* berichten hier jedoch sehr unterschiedlich, denn nahezu 90 % der Codierungen entfallen auf das Boulevardblatt. Davon wiederum entstammen etwas mehr als die Hälfte (53,8 %) Leser*innenbriefen.

Kollektivbezeichnungen, wie etwa „Bettlerclan“, „Bettelvolk“, „Bettlerszene“ oder „Bettlermilieu“, finden 19-mal Verwendung. Bettelnde Menschen werden dadurch individualisiert und als homogene Gruppe konstruiert. Auch wenn sich in diesem Begriffsfeld manchmal nur einzelne Nennungen finden, wird in der Sozial- und Kommunikationsforschung seit langem diskutiert, wie bedeutend solche Singularitäten in Texten sein können. Die negativ konnotierten

Tabelle 4: Begriffsfelder

Begriffsfelder	Anzahl	Prozent	Davon: SN %	Davon: Krone %
Kriminalität	119	79,3	12,6	87,4
Kollektivbezeichnung	19	12,7	31,6	68,4
Armut	7	4,7	42,9	57,1
Invasion	5	3,3	0	100
Gesamt ²²	150	100	16	84

21 Vgl. Benedik/Tiefenbacher/Zettelbauer, Die imaginierte „Bettlerflut“.

22 323 Medienbeiträge verwendeten keine Synonyme oder Metaphern für Bettler*innen. Weitere 31 Beiträge enthielten entweder mehrere Begriffe oder solche, die keinem Begriffsfeld zugeordnet werden konnten (etwa Roma und Sinti).

Kollektivbezeichnungen führen dazu, dass Bettler*innen quasi als eine Ethnie („Bettelvolk“) mit einer bestimmten „Kultur“ („Bettelclan“, „Bettlerfamilien“) behandelt werden und ihre Herkunft aus verschiedenen Ländern und Städten, nicht zuletzt auch aus Salzburg, sowie auch ihre unterschiedlichen Lebenslagen und die Ursachen des Bettelns unsichtbar bleiben.

Auf Not und Armut von Bettler*innen wird nur in 7 Artikel verwiesen, die jene Bezeichnungen beinhalten, die die *Plattform für Menschenrechte* und auch die *Caritas* vorschlagen, nämlich „Notreisende“ und „Armutsmigration“. Der *Kronen Zeitung* entstammen vier, den *Salzburger Nachrichten* drei der codierten Artikel. Beide Begriffe verweisen auf die hauptsächlichlichen Ursachen des Bettelns und benennen das in Salzburg in diesem Ausmaß neue soziale Phänomen der temporären Migration von Menschen aus osteuropäischen Ländern, blenden allerdings zugleich aus, dass es auch Bettler*innen gibt, die keine Migrant*innen sind, sondern aus Salzburg bzw. Österreich stammen.

Fünf Medienbeiträge beinhalten Ausdrücke wie „Bettlerinvasion“, „Bettlerhorde“, „Bettlertrupp“, „Bettlerparade“, die die Assoziation einer Invasion, eines Überfalls oder feindlichen Angriffs nahelegen. Diese Begriffe stellen in besonderem Maße eine Pauschalverunglimpfung von Menschen, die betteln, dar, und missachten deren Menschenwürde. Möglicherweise wird hier der im StGB genannte Straftatbestand der „Verhetzung“ erfüllt (vgl. 1.1). Alle Codierungen in diesem Begriffsfeld finden sich in der *Kronen Zeitung*; zwei in redaktionellen Beiträgen und drei in Leser*innenbriefen, wohingegen die *Salzburger Nachrichten* keine Beiträge gedruckt haben, die diese Begriffe beinhalten.

Insgesamt finden sich in der Mediendebatte zahlreiche Begriffe, die das Betteln in einen Zusammenhang mit kriminellen Aktivitäten, aggressiven Interventionen oder rassistischen Kollektivbezeichnungen stellen. Solche Sprachbilder setzen das Betteln in einen negativen Kontext und erzeugen Bedrohungsgefühle, denn Kriminelle oder kriegerische Machenschaften erfordern Maßnahmen der Exekutive. Mehrfach finden sich auch menschenverachtende Begriffe wie etwa „Bettlerunwesen“ oder „Bettlerhorden“, die an den nationalsozialistischen Sprachgebrauch erinnern. Hingegen kommen Begriffe, die Not und Armut betonen und damit an karitative Impulse und humanitäre Werte appellieren, kaum vor.

In der quantitativen Inhaltsanalyse zeigt sich, dass in den Salzburger Medien im Untersuchungszeitraum Bettler*innen als ein relativ homogenes Kollektiv erscheinen und Betteln thematisch und sprachlich ausgesprochen negativ konnotiert ist. Bettler*innen haben in der Mediendebatte selber keine Stimme und kommen darin nicht als Individuen vor. Diese Beobachtungen leiten zum

qualitativen Teil unserer Studie über, der die diskursiven Rahmungen der Salzburger Mediendebatte analysiert.

3.7 Diskursive Rahmungen des Themas

Wie in der Darstellung unserer quantitativen Ergebnisse deutlich geworden ist, bestimmen Medien darüber, *was* berichtet wird, d. h. was als berichtenswert und relevant erscheint. Darüber hinaus geht dies mit der Art und Weise einher, *wie* Medien über bestimmte Themen, Personen und Ereignisse berichten, und mit welchen thematischen, geographischen und sozialen Informationen die Themen verknüpft werden. Mediale Diskurse sind dabei ein Ort gesellschaftlicher Selbstverständigung; in ihnen werden Bedeutungen ausgehandelt, „Wissen“ und „Normen“ (re-)produziert sowie Identitäten konstruiert und abgegrenzt. Durch solche diskursiven Rahmungen werden Deutungsmuster und Interpretationsschemata für das Thema angeboten. In unserem Sample zeigen sich weniger konkurrierende Diskursstränge als vielmehr vor allem drei sich wiederholende und miteinander verschränkte Diskursstränge. Im Folgenden stellen wir diese drei zentralen Diskursstränge vor: *Homogenisierung der Bettler*innen, Inszenierung als Bedrohung und Ethnisierung der Bettler*innen*.

In der medialen Berichterstattung zeigt sich, dass Bettler*innen als Kollektiv dargestellt und damit homogenisiert werden. Sie werden in den Texten eher als Gruppe statt als Einzelpersonen dargestellt und zumeist im Plural genannt. Bettler*innen erscheinen so als zahlenmäßig große Gruppe, was häufig mit der Furcht vor einem „weiteren Ansturm“ einhergeht. Sprachliche Rahmungen, Bezeichnungen und Metaphern, die die diskursive Praxis bilden, wie in Abschnitt 3.6 ausgeführt, implizieren durch Begriffe wie „Bettler-Mafia“, „Bettler-Banden“, „Bettler-Unwesen“ die Vorstellung gemeinsamer Kennzeichen einer Gruppe der Bettler*innen. So werden bedrohlich wirkende Bilder aufgerufen und die Anzahl der Bettler*innen häufig als „zu hoch“ interpretiert. Das Thema Betteln wird damit vor allem als problembehaftet beschrieben, und die Bettler*innen werden in einen negativ konnotierten Kontext gesetzt. Das korrespondiert mit dem Befund, dass die Probleme des Bettelns wenig mit einzelnen Schicksalen Betroffener in Verbindung gebracht und deren Perspektiven einbezogen werden. Bettler*innen dienen nur in wenigen Beiträgen als Quelle der Berichterstattung und noch seltener kommen sie durch Zitate selbst zu Wort. Dies führt dazu, dass die mit Betteln in Zusammenhang gebrachten Menschen in den Medien eher als abstrakte Gruppe denn als konkrete Individuen dargestellt werden, mit der Folge, dass Betteln in der medialen Berichterstattung eine abstrakte Problemlage bleibt, da wenig über die sozialen Ursachen berichtet und

4 SALZBURG AKTUELL



Ermittlungen im Bettlermilieu: „Hier tun sich Abgründe auf“

Arbeitslos, obdachlos, keine Bildung, alkoholaabhängig – in diesen Kreisen in Osteuropa rekrutieren Verbrecher jene Menschen, die sie auch in Salzburg zum Betteln zwingen.

Abbildung 2: Ausschnitt aus den Salzburger Nachrichten, 19. September 2014

stattdessen mögliche Auswirkungen für Salzburger und die Salzburger Bürger*innen thematisiert werden.

Eine solche Bedrohung durch die Bettler*innen wird in mehreren weiteren Diskursfragmenten angesprochen. So scheint das Stadtbild Salzburgs bedroht, die Altstadt sei für die Tourist*innen nicht mehr als sicher bzw. schön anzusehen. Auch für die einheimische Bevölkerung bedeuten demnach die still bettelnden Menschen in ihren alltäglichen Stadtleben eine Verunsicherung. Dabei findet eine problematisierende Bewertung des Bettelns als Störung des öffentlichen Raums statt – ordnungspolitische Maßnahmen stehen dann im Mittelpunkt der medialen Berichterstattung. Neben den Bettler*innen selbst tritt vor allem die Gruppe der „Menschenhändler*innen, Mafia und Organisator*innen“ auf – ein weit verbreitetes Narrativ, das auch in der Grazer Studie zur Thematisierung des Bettelns in den Medien deutlich geworden ist.²³

Ein Beispiel für diese Berichterstattung zeigt Abbildung 2. Diese und ähnliche Berichte suggerieren, dass hinter den Bettler*innen kriminelle Gruppen stehen,

23 Vgl. Benedik/Tiefenbacher/Zettelbauer, Die imaginierte „Bettlerflut“, Fn. 15 und 20.

die die Ereignisse steuern und gegen die „ermittelt“ werden muss. „Abgründe“ legt nahe, dass diese Ermittlungen bereits zu konkreten Beweisen geführt haben, und weisen auf die Schwere der Vergehen hin. Eine Kriminalisierung drückt sich, wie unter 3.5 und 3.6 ausgeführt wurde, sowohl in den aufgegriffenen Themen als auch in der Sprachwahl aus. In diesem Zusammenhang ist die häufig zu lesende Behauptung, das Betteln sei „organisiert“, eindeutig negativ konnotiert und liefert einen Grund für Polizei und Staatsanwaltschaft, eine strafbare Handlung zu vermuten (wobei bereits eine Verabredung eines Ehepaars zum gemeinsamen Betteln unter „organisiert“ fällt). Die Verbindung von Betteln und Kriminalitätsdiskurs wird vor allem dann verfestigt, wenn Vertreter*innen der Polizei zitiert werden und auf das in Salzburg gebildete „Soko Betteln“ verwiesen wird. Nicht die Verhältnisse in den Herkunftsländern, die dazu führen, dass Menschen als Armutsmigrant*innen nach Österreich kommen, stehen damit im medialen Fokus, sondern – wie vor allem in der *Kronen Zeitung* – „kriminelle Banden“, die das Geschehen steuern.²⁴

In einem weiteren Diskursstrang findet eine Ethnisierung der Bettler*innen statt. Differenziert wird zwischen „unseren“ Bettler*innen und den „Anderen“, den „Fremden“, die geographisch in Osteuropa, vor allem in Rumänien, verortet werden. Dabei – das zeigt exemplarisch Abbildung 3 – werden auch diese beiden Diskursstränge miteinander verbunden. So wird Rumänien als Heimat der Bettler*innen konstruiert, aber gleichzeitig findet auch eine Kriminalisierung statt, da dort ebenfalls die „Bettler-Mafia“ verortet wird.

Insgesamt markiert ein Drittel der Beiträge die Bettler*innen regional, also aus Rumänien bzw. Osteuropa stammend. Andere Studien haben herausgefunden, dass in den Medien Bettler*innen und Roma/Romni fast schon als Synonyme verwendet werden.²⁵ Auch wenn das in der Salzburger Mediendebatte zu einem geringeren Anteil der Fall ist (vgl. 3.6), legt die geographische Verortung zugleich eine Ethnisierung nahe. Denn die meisten in Österreich lebenden Roma/Romni sind in den Medien kaum präsent, sondern kommen ganz überwiegend in Zusammenhang mit dem Betteldiskurs vor.²⁶ Dies birgt die Gefahr eines stereotypen ‚Wissens‘ über eine ‚Volksgruppe‘, die als weitgehend homogen wahrgenommen wird. Die beiden Diskursstränge einer Bedrohung und Ethnisierung verbinden sich – wie dargestellt – in den Beiträgen über die „Hintermänner“ in Rumänien.

24 Vgl. *Kronen Zeitung*, 21. 12. 2014, 20.

25 Vgl. End, Markus, Was ist Antiziganismus? In: Wien Museum u. a. (Hg.), *Romane Thana*, 35–37.

26 Vgl. Kempf-Gieffing/Koller/Krobath, Unwesen, Schande, Mafia.



Roma-Sprosslinge: In Designer-Kleidung im goldverzierten Eilenhaus

Die Bettelerei
direkt vorm
Geschäft vergrault
Kunden. Sie weichen
oft auf die andere
Straßenseite aus.

Verkaufsfotografen auf der Landstraße

Während ihre Lakaien bei uns die Leute belästigen müssen: Prunk, Pomp und Reichtum der Bettler-Mafia in ihrer Heimat!

Abbildung 3: Ausschnitt aus *Kronen Zeitung*, 22. Jänner 2014, 14.

4 Fazit

Armut und konkret Betteln sind gesellschaftlich und damit auch sozialwissenschaftlich relevante Themen, die jedoch bislang wenig untersucht wurden. Es bestehen gravierende Forschungslücken, die wir in unserer Analyse der Salzburger Mediendebatte nur ansatzweise schließen können. Gleichwohl lässt die Studie Schlussfolgerungen zu, sowohl im Hinblick auf die medienrechtlichen und medienethischen Dimensionen als auch in Bezug auf den bisherigen Forschungsstand, der überwiegend bestätigt wird, aber im Einzelnen auch modifiziert werden muss.

Beurteilen wir die Mediendebatte insgesamt, fällt auf, wie breit das Meinungsspektrum ist. Es werden viele und durchaus unterschiedliche Informationen

bereitgestellt, die die Meinungsbildung der Leser*innen unterstützen. Doch kommt es in den Beiträgen und Bildunterschriften auch immer wieder zu Aussagen, die diskriminierend sind. Anfeindungen und Pauschalverurteilungen finden sich vor allem auch in Leser*innenbriefen, was ihre Veröffentlichung zu einer Gratwanderung werden lässt. Meinungsfreiheit rechtfertigt jedenfalls keine Diffamierung. Offene Formen der Diskriminierung, wie sie sich etwa in sprachlichen Verunglimpfungen zeigen, betreffen vor allem die Berichterstattung der *Kronen Zeitung*, wohingegen sich die *Salzburger Nachrichten* um eine deutlich differenziertere Berichterstattung bemühen und wenigstens ab und an auch Hintergrundberichte liefern.

Bettler*innen werden in einer Reihe von Beiträgen beschimpft, verspottet und verunglimpft. Da es sich dabei aber in der Regel um Kollektivdiskriminierungen handelt und negative *Gruppenstereotype* transportiert werden, gibt es keinen „bestimmbaren Betroffenen“, was die strafrechtliche Verfolgung erschwert (vgl. dazu 1.1). Auch Verstöße gegen den Presscode führen nur selten zu einer Berichtigung und Unterlassung, zumal wenn die auflagenstärkste Zeitung des Landes, die *Kronen Zeitung*, den Presserat als Organ der Freiwilligen Selbstkontrolle nicht anerkennt. Medienethische Standards haben damit für sie keine Geltung.

Wenn wir nun die Ergebnisse unserer Studie mit dem unter 1.2 referierten Forschungsstand vergleichen, dann fällt eine Reihe von Übereinstimmungen auf. Wie die Themensetzung sowie die sprachlichen und diskursiven Rahmungen zeigen, wird über Betteln und Bettler*innen überwiegend stereotyp und im Rückgriff auf Vorurteile berichtet, die bereits eine lange kulturelle Tradition haben. Die Feststellung von Jürgen Arlt und Wolfgang Storz gilt auch für die Salzburger Mediendebatte, dass Reichtum ausgeblendet bleibt und Armut politisiert wird. Letztere erscheint vor allem als subjektives Verschulden von Menschen. Im Unterschied zu den Ergebnissen von Arlt und Storz geben die *Salzburger Nachrichten* und die *Kronen Zeitung* jedoch nicht nur Themen und Positionen von Politik und Wirtschaft wieder, sondern prägen die mediale Debatte in Salzburg auch durch eigenständige redaktionelle Beiträge. Dabei gehen die beiden Zeitungen aber sehr unterschiedliche Wege. In vielen Punkten – in Bezug auf den Anlass der Berichterstattung, die Sprecherpositionen, behandelte Themen, Sprachgebrauch – zeigen sich Unterschiede zwischen der Regionalzeitung und dem Boulevardblatt. Die *Kronen Zeitung* greift das Thema in deutlich mehr Beiträgen auf, und es wird überwiegend im Kontext krimineller Machenschaften behandelt. Humanitäre Aspekte, auch die Ursachen und Gründe des Bettelns, werden hingegen selten thematisiert, und zivilgesellschaftliche Gruppen kommen kaum zu Wort.

Wie in Maliks Untersuchung, die den Umgang der Medien mit Armut und Ausgrenzung allgemein untersucht hat (vgl. 1.2), zeigt sich auch in der Debatte über Bettler*innen in Salzburg eine große lebensweltliche Nähe. Beide Studien bestätigen auch die Dominanz einzelner Ereignisse, die dann Berichterstattungsanlässe liefern. Allerdings ist die Ereignisorientierung in der Salzburger Mediendebatte weniger ausgeprägt, da für ein Drittel der Beiträge kein aktueller Berichterstattungsanlass auszumachen war. Trotzdem blieb das Thema Betteln im immerhin zweijährigen Untersuchungszeitraum stets auf der Medienagenda, d. h. es wurde immer wieder in den Medien aktualisiert. Welche Akteur*innen dafür ausschlaggebend waren, ist letztlich im Rahmen einer Inhaltsanalyse nicht zu rekonstruieren. Die Dominanz des politisch-administrativen Bereichs unter den Sprecher*innen und partiell auch das ungewöhnlich pro-aktive Verhalten der Exekutive in Salzburg liefern hier allenfalls erste Ansatzpunkte für Erklärungen.

Weil das Thema Betteln als Problem der Stadt und seiner Bürger*innen definiert wird, finden sich die Beiträge nicht wie in Maliks Studie überwiegend im Wirtschaftssektor, sondern stattdessen im Lokalteil der Medien. Hier könnte auch die Besonderheit der Betteldebate eine Rolle spielen, die gerade nicht auf Armut und Not fokussiert, sondern auf Betteln und Bettler*innen als potentielle Bedrohung für Salzburg und seine Bürger*innen. Es könnte zudem erklären, warum sich nur in Bezug auf die *Salzburger Nachrichten* Maliks Ergebnis, dass die Medien überwiegend neutral formulieren, bestätigen lässt, dies aber nicht für die *Kronen Zeitung* gilt.

Die beiden Salzburger Tageszeitungen berichten in einer Weise, die das Thema weitgehend auf Probleme und Bedrohungen verengt, die Ursachen des Bettelns kaum thematisiert und in Sprache und Bild Bettler*innen, die stimm- und sprachlos bleiben, kriminalisiert. Dabei zeigen sich aber deutliche und bedeutsame Unterschiede zwischen ihnen. In den *Salzburger Nachrichten* erhalten zumindest manchmal zivilgesellschaftliche Gruppen, Verbände und Institutionen, die die Interessen von Bettler*innen vertreten, Sprechpositionen und können dann andere Rahmungen setzen, indem die Ursachen des Bettelns ebenso in den Blick genommen werden wie das Erfordernis eines humanitären Umgangs mit Bettler*innen. Wenn diese häufiger auch selber in den Medien zu Wort kämen, dann könnte Exklusionen und negativen Stereotypisierungen noch deutlicher begegnet werden.

Wir schließen unseren Beitrag mit einer kritischen Beobachtung ab, die auch andere Studien betrifft, die Armut, Not und Ausgrenzung thematisieren. Die Mediendebatte über Bettler*innen in Salzburg zu analysieren, beinhaltet fast zwangsläufig ein „Othering“ von Menschen, die betteln, weil sie damit als

Gruppe erscheinen, die nicht „zu uns“ gehören, in „unserem Stadtbild“ fremd sind. Damit besteht die Gefahr, in der Studie selber eine Ethnisierung und Essentialisierung vorzunehmen. Nicht nur hat das Betteln in Salzburg, Österreich oder Westeuropa aufgrund von Ungleichheit und Marginalisierung eine lange historische Tradition, auch stammen diejenigen, die in Salzburg betteln, aus ganz verschiedenen Ländern und besitzen unterschiedliche Staatsbürgerschaften – oft auch die österreichische. Weitergehend hat auch das Betteln verschiedene Ursachen, die mit sozialer Ungleichheit in Europa, mit ethnischen Diskriminierungen oder auch mit persönlichen Notlagen und tragischen Schicksalen verbunden ist. Schließlich sind Menschen, die betteln, keine passiven, stummen Opfer der gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern sie sind Akteur*innen, die ihr Leben und das ihrer Familienangehörigen unter den gegebenen Bedingungen aktiv zu gestalten versuchen. Der verallgemeinernde und meist negativ konnotierte Begriff der Bettler*innen, der diese Vielfalt ausblendet, ist dementsprechend genauso problematisch wie etwa der der „Behinderten“. Es handelt sich um Menschen, die zeitweise meist einen Teil ihres Lebensunterhalts durch Betteln zu decken versuchen; bei einem Teil davon handelt es sich um temporäre (Armut-)Migration. Dabei ist es schwer, diese Differenzierung in Medienanalysen im Blick zu behalten und eine Sprache zu finden, die Ausgrenzungen nicht verstärkt, sondern ihre Reflexion erlaubt.